



Plenartagung

Schwerpunkte der Plenarsitzung vom 22. bis 23. Juni 2011

Stunde der Wahrheit für das Gesetzespaket zur wirtschaftspolitischen Koordination	3
Lange Monate harter Verhandlungen über sechs legislative Vorschläge zur „Economic Governance“ der EU könnten mit einer Plenarabstimmung am Donnerstag abgeschlossen werden. Die sechs Gesetzestexte zielen auf die Straffung der Koordination der Wirtschaftspolitik innerhalb der EU ab. Die Diskussionen zwischen Fraktionen und Mitgliedstaaten waren auch untereinander von heftigen Kontroversen geprägt.	
Schlussabstimmung über neue europaweite Verbraucherrechte	4
Verbraucher sollen bei Fernkäufen innerhalb der EU zwei Wochen lang die Möglichkeit haben, ihre Meinung zu ändern, und die Preisregeln für Internetkäufe sollen klarer werden. Dies sind zwei der Hauptpunkte der neuen Regeln für Verbraucherschutz, über die sich Delegationen des Parlaments und des Rates geeinigt haben und über die das Parlament am Donnerstag abstimmen wird.	
Parlament stimmt über die Ernennung von Mario Draghi als EZB-Präsident ab	5
Der Ausschuss für Wirtschafts- und Währungsangelegenheiten hat am 15. Juni empfohlen, Mario Draghi zum Präsidenten der Europäischen Zentralbank zu ernennen. Dieser Vorschlag muss nun vom Parlament am 23. Juni bestätigt werden. Die Nominierung Mario Draghis steht dann auf der Tagesordnung des Europäischen Rates.	
Haushaltsplan 2012: Investitionen aufrechterhalten, um Europa aus der Krise zu führen	6
Schlüsselinvestitionen in Bildung, soziale Integration, Bekämpfung der Armut und eine wissensbasierte Gesellschaft dürfen nicht verzögert werden, heißt es in einem Resolutionsentwurf des EP-Haushaltsausschusses zum Haushaltsentwurf der Kommission für 2012. Sollte der Entschließungsantrag eine Mehrheit im Plenum finden, so stellt diese Resolution das Verhandlungsmandat für die Abgeordneten in der ersten Runde der Haushaltsverhandlungen mit Rat und Kommission am 11. Juli.	
So könnte die Gemeinsame Agrarpolitik zukünftig aussehen	7
Der Agrarausschuss hat in seinem Resolutionsentwurf eine überarbeitete EU-Agrarpolitik skizziert, die für eine sichere Nahrungsmittelversorgung, Umweltschutz, neue Arbeitsplätze und erneuerbare Energien sorgt. Auch wird hierin gefordert, dass das aktuelle Niveau der EU-Haushaltsausgaben für die Landwirtschaft beibehalten wird.	
Die Abgeordneten verteidigen EU-Unterstützung für die Regionen	8
Die bereitzustellenden Finanzmittel müssen den Anforderungen der zukünftigen Politik wirtschaftlicher, sozialer und territorialer Kohäsion der EU gerecht werden. Dies ist der gemeinsame Kern der fünf Initiativberichte des Ausschusses für regionale Entwicklung. Vereinfachung der Zugangsbedingungen, wirksamere Kontrollmechanismen, eine bessere grenzüberschreitende Zusammenarbeit und die mögliche Ausdehnung der bezugsberechtigten Regionen stehen am Donnerstag zur Debatte.	
Beitrag des Parlaments zum EU-Gipfel	10
Die Abgeordneten werden die wichtigsten Tagespunkte des für 23. und 24. Juni anberaumten EU-Gipfeltreffens am Mittwoch mit Vertretern von Rat und Kommission erörtern.	



Plenartagung

Atommüll: Abgeordnete entscheiden, ob Ausfuhr erlaubt sein sollte.....	10
Den Bogen des Europäischen Jahrs für aktives Altern 2012 weiter spannen.....	11

Pressedienst (Brüssel) :
Constanze BECKERHOFF

BXL: (+32) 2 28 44302
STR: (+33) 3 881 73780
PORT: (+32) 498 98 35 50
EMAIL: presse-de@europarl.europa.eu

Pressedienst (Brüssel) :
Michaela FINDEIS

BXL: (+32) 2 28 31141
STR: (+33) 3 881 72076
PORT: (+32) 498 98 33 32
EMAIL: presse-de@europarl.europa.eu

Pressedienst (Brüssel) :
Ayla Sultan ÇIÇEK

BXL: (+32) 2 28 41009
STR: (+33) 3 881 74005
PORT: (+32) 498 98 13 37
EMAIL: presse-de@europarl.europa.eu

Pressedienst (Berlin) :
Jens POTTHARST

STR: (+33) 3 881 64025
PORT: (+49) 151 17 257 196
EMAIL: jens.pottharst@europarl.europa.eu
ADDINFO: (+49) 30 22 80 12 00

Pressedienst (Wien) :
Huberta HEINZEL

STR: (+33) 3 881 74646
PORT: (+43) 676 55 03 126
EMAIL: huberta.heinzel@europarl.europa.eu
ADDINFO: (+43) 1 51 61 72 06

<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/newsletter>

Weitere Informationen:

- [Tagesordnung](#)
- [Plenarsitzung live auf EuroparlTV](#)
- [Live-Übertragungen der Pressekonferenz auf EPLive](#)
- [Pressekonferenzen und weitere Veranstaltungen live](#)
- [Webseite des Audiovisuellen Dienstes des EP \(EN\)](#)

Stunde der Wahrheit für das Gesetzespaket zur wirtschaftspolitischen Koordination

Lange Monate harter Verhandlungen über sechs legislative Vorschläge zur „Economic Governance“ der EU könnten mit einer Plenarabstimmung am Donnerstag abgeschlossen werden. Die sechs Gesetzestexte zielen auf die Straffung der Koordination der Wirtschaftspolitik innerhalb der EU ab. Die Diskussionen zwischen Fraktionen und Mitgliedstaaten waren auch untereinander von heftigen Kontroversen geprägt.

Als problematisch erwies sich vor allem eine politisch ausgewogene Balance zwischen strengeren und zunehmend automatischen Sanktionen einerseits und Flexibilität für Wirtschaftswachstum andererseits zu finden. Größere Einigkeit herrschte zwischen den Fraktionen in Bezug auf mehr Transparenz und auf die Einbeziehung des "Europäischen Semesters" in die Texte, um ihm eine gesetzliche Grundlage zu verschaffen. Forderungen nach nationaler Eigenverantwortung, größerem Mitspracherecht der Kommission, mehr Unabhängigkeit nationaler Statistikbehörden und ein Bekenntnis zu Eurobonds werden von den Abgeordneten gemeinsam getragen.

Debatte: Mittwoch, 22. Juni 2011

Abstimmung: Donnerstag, 23. Juni 2011

Verfahren: Mitbestimmung, 1. Lesung

Weitere Informationen:

- [Berichtsentwurf über Überwachung und Koordinierung der Wirtschaftspolitiken](#)
- [Berichtsentwurf über Beschleunigung und Klärung des Verfahrens bei einem übermäßigen Defizit \(Feio\)](#)
- [Berichtsentwurf über wirksame Durchsetzung der haushaltspolit. Überwachung im Euroraum \(Goulard\)](#)
- [Berichtsentwurf über Vermeidung und Korrektur makroökonomischer Ungleichgewichte \(Ferreira\)](#)
- [Berichtsentwurf über makroökonomische Ungleichgewichte im Euroraum \(Haglund\)](#)
- [Berichtsentwurf über die Anforderungen an die haushaltspolitischen Rahmen der Mitgliedstaaten \(Ford\)](#)
- [Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss, 19.04.2011](#)
- [Persönliche Daten von Corien Wortmann-Kool \(EVP, Niederlande\)](#)
- [Persönliche Daten von Diogo Feio \(EVP, Portugal\)](#)
- [Persönliche Daten von Elisa Ferreira \(S&D, Portugal\)](#)
- [Persönliche Daten von Carl Haglund \(ALDE, Finnland\)](#)
- [Persönliche Daten von Sylvie Goulard \(ALDE, Frankreich\)](#)
- [Persönliche Daten von Vicky Ford \(EKR, Vereinigtes Königreich\)](#)

Plenartagung

Schlussabstimmung über neue europaweite Verbraucherrechte

Verbraucher sollen bei Fernkäufen innerhalb der EU zwei Wochen lang die Möglichkeit haben, ihre Meinung zu ändern, und die Preisregeln für Internetkäufe sollen klarer werden. Dies sind zwei der Hauptpunkte der neuen Regeln für Verbraucherschutz, über die sich Delegationen des Parlaments und des Rates geeinigt haben und über die das Parlament am Donnerstag abstimmen wird.

Ziel der neuen Regeln ist es, Klarheit zu schaffen und Standardregeln für Verbraucher und Unternehmen festzulegen. Hierdurch soll das Vertrauen der Konsumenten gesteigert und das Funktionieren des Binnenmarktes verbessert werden, um das Wachstumspotenzial des grenzüberschreitenden Handels innerhalb der EU auszuschöpfen. Die neuen Regeln werden die Rechte der Verbraucher insbesondere im Hinblick auf Information, Lieferbedingungen und das Widerrufsrecht stärken. Weiterhin werden die Regeln für digitale Downloads geklärt und der Verwaltungsaufwand für kleine und mittlere Unternehmen verringert.

Die aktuellen EU-Vorschriften zum Verbraucherschutz beruhen auf vier EU-Richtlinien, die bestimmte Mindestanforderungen festlegen. Allerdings haben die Mitgliedstaaten darüber hinaus im Laufe der Jahre die unterschiedlichsten Vorschriften angenommen, so dass das EU-Verbrauchervertragsrecht einem Flickenteppich von 27 unterschiedlichen Regeln gleicht, was Rechtsunsicherheit beim grenzüberschreitenden Handel sowohl für Verbraucher als auch für Unternehmen schafft. Da die aktuellen Regeln vor der digitalen Revolution verabschiedet wurden, sind die Verbraucher momentan bei Onlineeinkäufen schlecht geschützt.

Nach zweieinhalb Jahren hat nun das Verhandlungsteam des EP unter der Führung des deutschen Abgeordneten Andreas Schwab (EVP) einen ausgeglichenen Kompromiss mit dem Rat erzielt. Nach der Abstimmung des Parlaments muss der Rat noch formal die neuen Regeln annehmen. Die Mitgliedstaaten werden dann zwei Jahre Zeit haben, die Regeln umzusetzen.

Abstimmung: Donnerstag, 23. Juni 2011

Verfahren: Mitentscheidung, 1. Lesung

Weitere Informationen:

- [Geeinigter Vorschlag für eine Richtlinie \(EN\)](#)
- [Worauf die neuen Regeln abzielen \(07.06., EN\)](#)
- [Pressemitteilung nach Abstimmung im Ausschuss \(16.06., EN\)](#)
- [Pressemitteilung nach Plenarabstimmung \(23.03.\): Online-Käufer besser schützen](#)
- [Hintergrundinformationen auf der EP-Webseite des Verbraucherausschusses](#)
- [Persönliche Daten von Andreas Schwab \(EVP, Deutschland\)](#)
- [Legislative Beobachtungsstelle - Informationen zum Bericht \(EN/FR\)](#)

Plenartagung

Parlament stimmt über die Ernennung von Mario Draghi als EZB-Präsident ab

Der Ausschuss für Wirtschafts- und Währungsangelegenheiten hat am 15. Juni empfohlen, Mario Draghi zum Präsidenten der Europäischen Zentralbank zu ernennen. Dieser Vorschlag muss nun vom Parlament am 23. Juni bestätigt werden. Die Nominierung Mario Draghis steht dann auf der Tagesordnung des Europäischen Rates.

Ohne Debatte

Abstimmung: Donnerstag, 23. Juni 2011

Verfahren: Konsultation

Weitere Informationen:

- [Berichtsentwurf](#)
- [Pressemitteilung nach Abstimmung im Ausschuss, 14. Juni 2011 \(EN/FR\)](#)

Plenartagung

Haushaltsplan 2012: Investitionen aufrechterhalten, um Europa aus der Krise zu führen

Schlüsselinvestitionen in Bildung, soziale Integration, Bekämpfung der Armut und eine wissenschaftsbasierte Gesellschaft dürfen nicht verzögert werden, heißt es in einem Resolutionsentwurf des EP-Haushaltsausschusses zum Haushaltsentwurf der Kommission für 2012. Sollte der Entschließungsantrag eine Mehrheit im Plenum finden, so stellt diese Resolution das Verhandlungsmandat für die Abgeordneten in der ersten Runde der Haushaltsverhandlungen mit Rat und Kommission am 11. Juli.

Im Textentwurf wird der Rat davor gewarnt, "horizontale Kürzungen" im Haushaltsplan ohne eine genaue Bewertung des tatsächlichen Bedarfs der EU vorzunehmen. Ferner werden die Mitgliedstaaten aufgefordert, sollten sie solche Kürzungen vorschlagen, öffentlich zu erläutern und eindeutig zu ermitteln, welche politischen Prioritäten oder Vorhaben der EU verzögert oder ganz aufgegeben werden könnten.

Der Ausschussbericht, der von der italienischen Abgeordneten Francesca Balzani (S&D) erarbeitet wurde, unterstützt auch die vorgeschlagene Erhöhung der Zahlungen (4,9% gegenüber dem Haushalt 2011), zumal der vorgeschlagene Umfang der Zahlungen lediglich das Minimum darstellt, welches erforderlich ist, damit die EU ihre in den Vorjahren eingegangenen rechtlichen Verpflichtungen einhalten kann.

Der Haushaltsentwurf der Kommission, der am 20. April vorgestellt wurde, schlägt 147.435 Milliarden € an Verpflichtungsermächtigungen und 132.738 Milliarden € an Zahlungen (1,12 % bzw. 1,01 % der Prognose des EU-Bruttonationaleinkommens für 2012) vor.

Die Abgeordneten werden voraussichtlich auch das EP-Verhandlungsteam beauftragen, auf mehr Mittel für die EU2020-Strategie während des "Trilogs" (Verhandlungssitzung mit Rat und Kommission) am 11. Juli zu drängen. Die Kommission schätzt, dass 43,5 % des Haushaltsentwurfs für die EU2020-Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum zufällt. Nach dem Trilog wird der Rat seinen Standpunkt zum Haushaltsplan 2012 Ende Juli annehmen. Voraussichtlich wird der Plenarabstimmung im Oktober ein Vermittlungsausschuss (1.-22. November) folgen, in dem die endgültige Verabschiedung des Haushaltsplans für Anfang Dezember vorbereitet wird.

Debatte: Donnerstag, 23. Juni 2011

Abstimmung: Donnerstag, 23. Juni 2011

Verfahren: Nicht-legislative Entschließung

Weitere Informationen:

- [Pressemitteilung nach Abstimmung im Ausschuss \(15.06.2011\)](#)
- [Persönliche Daten der Berichterstatterin Francesca BALZANI \(S&D, IT\)](#)
- [Legislative Beobachtungsstelle - Informationen zum Bericht \(EN/FR\)](#)

Plenartagung

So könnte die Gemeinsame Agrarpolitik zukünftig aussehen

Der Agrarausschuss hat in seinem Resolutionsentwurf eine überarbeitete EU-Agrarpolitik skizziert, die für eine sichere Nahrungsmittelversorgung, Umweltschutz, neue Arbeitsplätze und erneuerbare Energien sorgt. Auch wird hierin gefordert, dass das aktuelle Niveau der EU-Haushaltsausgaben für die Landwirtschaft beibehalten wird.

Darüber hinaus empfehlen die Abgeordneten die Schaffung eines neuen und gerechteren Systems für die Zuteilung von Finanzbeihilfen unter den verschiedenen Ländern und Arten von Bauern. Weitere Vorschläge umfassen neue Maßnahmen, um Spekulation zu bekämpfen, Krisen zu bewältigen und die Verhandlungsposition der Bauern in der Lebensmittelversorgungskette zu stärken.

Mit dieser Resolution will das Parlament seine Vorstellungen für die bevorstehende Reform und Modernisierung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) darlegen und Position zu den parallel laufenden Diskussionen über den mehrjährigen EU-Haushalt beziehen.

Die Kommission hat bereits ein Konsultationspapier über die GAP-Reform herausgegeben und wird ihren detaillierten Gesetzesentwurf im Herbst präsentieren. Anschließend werden Parlament und Rat gemeinsam über die endgültige Form der Gesetzgebung entscheiden.

Eine Pressekonferenz mit Albert Dess ist für Donnerstag, 23. Juni, um 13:30 vorgesehen.

Debatte: Mittwoch, 22. Juni 2011

Abstimmung: Donnerstag, 23. Juni 2011

Verfahren: Nicht-legislative Entschließung

Weitere Informationen:

- [Berichtsentwurf](#)
- [Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss \(25.05.2011\)](#)
- [Persönliche Daten des Berichterstatters Albert DESS \(EVP, DE\)](#)
- [Legislative Beobachtungsstelle - Informationen zum Bericht \(EN/FR\)](#)

Plenartagung

Die Abgeordneten verteidigen EU-Unterstützung für die Regionen

Die bereitzustellenden Finanzmittel müssen den Anforderungen der zukünftigen Politik wirtschaftlicher, sozialer und territorialer Kohäsion der EU gerecht werden. Dies ist der gemeinsame Kern der fünf Initiativberichte des Ausschusses für regionale Entwicklung. Vereinfachung der Zugangsbedingungen, wirksamere Kontrollmechanismen, eine bessere grenzüberschreitende Zusammenarbeit und die mögliche Ausdehnung der bezugsberechtigten Regionen stehen am Donnerstag zur Debatte.

Die Berichte greifen der für den Sommer erwartete Vorlage von Gesetzesvorschlägen der Kommission zur Kohäsionspolitik 2014-2020 und zur Finanzvorschau vor. Neben möglichen Verbesserungen tritt der Regionalausschuss für eine Beibehaltung der bisherigen Grundsätze starker Kohäsionspolitik ein, deren Haushalt es weder zu beschneiden noch in sektorspezifische Politikbereiche aufzuspalten gelte.

Neue Zwischenkategorie förderungswürdiger Regionen

Der von Markus Pieper (EVP, Deutschland) vorgelegte Bericht zeichnet die Architektur der künftigen Kohäsionspolitik vor und enthält auch – gegen Vorschlag des Berichterstatters – die Empfehlung, eine neue Zwischenkategorie der Regionen einzurichten. Demnach könnten 51 Regionen (darunter neun deutsche Regionen und das Burgenland, AT), die ein BIP zwischen 75 und 90 % aufweisen, in der nächsten Finanzperiode in den Genuss von regionalen Fördermitteln kommen.

Synergien zwischen benachbarten Regionen und zwischen Stadt und Land

Um die grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Regionen zu fördern, fordert der Bericht von Marie-Thérèse Sanchez-Schmid (EVP, Frankreich), dass die Fördermittel für Ziel 3 (Territoriale Kohäsion) in Zukunft von 2, 5 auf 7 % fast verdreifacht werden. Eine stärkere Einbindung städtischer Entscheidungsträger in die regionale Raumplanung ist wiederum Kernt Aussage des Berichts von Oldřich Vlasák (EKR, CZ).

Eine ergebnisorientierte Politik

Miroslav Mikolášik (EVP, SK) schlägt vor, das Übermaß administrativer Hürden zu reduzieren, die einer Absorption der Fördermittel im Wege steht, und fordert, die Ergebnisse ins Zentrum der Bemühungen zu rücken. Der Bericht von Georgios Stavrakakis (S&D, GR) konzentriert sich auf die Forderung einer gemeinsamen Rahmengesetzgebung für alle EU-Strukturfonds und hebt den Mehrwert von Querfinanzierungen und aus mehreren Fonds zugleich geförderten Projekten hervor.

Eine Pressekonferenz mit Markus Pieper ist am 23. Juni, unmittelbar nach der Abstimmung um 13h geplant.

Marie-Thérèse Sanchez-Schmidt hält im Pressesaal des Parlaments am 23. Juni um 14h eine Pressekonferenz.

Debatte: 23. Juni 2011

Abstimmung: 23. Juni 2011

Verfahren: Nicht-legislative Entschließung

Plenartagung

Weitere Informationen:

- [Berichtsentwurf - Miroslav Mikolášik](#)
- [Berichtsentwurf - Oldřich Vlasák](#)
- [Berichtsentwurf - Marie-Thérèse Sanchez-Schmid](#)
- [Berichtsentwurf - Georgios Stavrakakis](#)
- [Berichtsentwurf - Markus Pieper](#)
- [Persönliche Daten des Berichterstatters Miroslav MIKOLÁŠIK \(EVP, SK\)](#)
- [Persönliche Daten des Berichterstatters Oldřich VLASÁK \(EKR, CS\)](#)
- [Persönliche Daten der Berichterstatterin Marie-Thérèse SANCHEZ-SCHMID \(EVP, FR\)](#)
- [Persönliche Daten des Berichterstatters Georgios STAVRAKAKIS \(S&D, EL\)](#)
- [Persönliche Daten des Berichterstatters Markus PIEPER \(EVP, DE\)](#)

Plenartagung

Beitrag des Parlaments zum EU-Gipfel

Die Abgeordneten werden die wichtigsten Tagespunkte des für 23. und 24. Juni anberaumten EU-Gipfeltreffens am Mittwoch mit Vertretern von Rat und Kommission erörtern.

Das Ratstreffen wird aller Voraussicht nach von den Themen Wirtschaftspolitik, Griechenland-Krise, Migration und politische Entwicklungen im südlichen Mittelmeerraum beherrscht werden. Die Beitrittsaussichten Kroatiens, die Integration der Roma und die Donaustrategie stehen ebenso auf der Tagesordnung wie die Ernennung des neuen Präsidenten der Europäischen Zentralbank.

Debatte: Mittwoch, 22. Juni 2011 (ohne Abstimmung)

Verfahren: Stellungnahmen der Kommission und des Rats

Weitere Informationen:

- [Vorläufige Tagesordnung des Europäischen Rats vom 23. und 24. Juni 2011](#)

Atommüll: Abgeordnete entscheiden, ob Ausfuhr erlaubt sein sollte

Es sollte möglich sein, nukleare und radioaktive Abfälle in Länder außerhalb der EU zu exportieren, sofern gewährleistet ist, dass diese die Abfälle sicher handhaben, meinen die Abgeordneten. Der Energieausschuss fordert zudem, dass EU-Länder Maßnahmen ergreifen müssen, um die Sicherheit der Arbeitnehmer zu verbessern und die Forschung über Alternativen zur Endlagerung der Abfälle in tiefen geologischen Formationen zu fördern.

Das Plenum wird am Donnerstag über die Vorschläge des Ausschusses für Industrie, Forschung und Energie zu einer neuen Rechtsvorschrift abstimmen, die gewährleisten soll, dass Atommüll sicher gehandhabt und entsorgt wird. Die neuen Regeln würden die Mitgliedstaaten verpflichten, nationale Inventare zu verfassen und Pläne für die Verwaltung von Anlagen - auch nach deren Schließung - vorzulegen. Nicht alle Mitgliedstaaten produzieren Atommüll; radioaktive Abfällen entstehen jedoch auch in der Medizin, Industrie, Landwirtschaft und Forschung, und somit in allen Mitgliedstaaten. Der Energiemix würde eine nationale Kompetenz bleiben.

Ausfuhren in Nicht-EU-Länder

Nach dem ursprünglichen Vorschlag der Kommission wäre jeder Mitgliedstaat für die Entsorgung des Abfalls, der in seinem Land produziert wird, verantwortlich. Exporte in andere Mitgliedstaaten wären nur in von bilateralen Abkommen geregelten Fällen zulässig.

Nach einer angespannten Debatte empfiehlt der Ausschuss dem Parlament, Ausfuhren auch in Nicht-EU-Länder zu erlauben, sofern der ausführende Staat sicherstellt, dass "der andere Staat ein Programm zur Entsorgung radioaktiver Abfälle mit Sicherheitszielen unterhält, die den Sicherheitszielen dieser Richtlinie gleichwertig sind".

Die EU-Mitgliedstaaten müssen die Stellungnahme des Parlaments abwarten, bevor sie ihre endgültige Entscheidung treffen.

Debatte: Mittwoch, 22. Juni 2011

Abstimmung: Donnerstag, 23. Juni 2011

Verfahren: Konsultation

Weitere Informationen:

- [Berichtsentwurf](#)
- [Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss \(26.05.2011\)](#)
- [Persönliche Daten der Berichterstatterin Romana JORDAN CIZELJ \(EVP, SL\)](#)
- [Legislative Beobachtungsstelle - Informationen zum Bericht \(EN/FR\)](#)

Den Bogen des Europäischen Jahrs für aktives Altern 2012 weiter spannen

Das Europäische Jahr für aktives Altern 2012 soll thematisch auch die Solidarität zwischen den Generationen umfassen. Das geht aus einem Berichtsentwurf hervor, auf den sich die Abgeordneten des Beschäftigungsausschusses und der Rat bereits vor der Abstimmung im Plenum geeinigt haben. Das Programm des Europäischen Jahres wird sich um die Bedürfnisse der schnell wachsenden Bevölkerungsgruppe "50plus" drehen.

Das Europäische Parlament will sicherstellen, dass Bürger, die älter als 50 Jahre sind, länger auf dem Arbeitsmarkt bleiben, weiterhin aktiv am gesellschaftlichen Leben teilhaben und so lange wie möglich gesund und unabhängig bleiben können.

Abstimmung: Donnerstag, 23. Juni 2011
Verfahren: Mitentscheidung, Einigung in 1. Lesung

Weitere Informationen:

- [Vorschlag für einen Beschluss über das Europäische Jahr für aktives Altern \(2012\)](#)
- [Persönliche Daten des Berichterstatters Martin KASTLER \(EVP, DE\)](#)
- [Legislative Beobachtungsstelle - Informationen zum Bericht \(EN/FR\)](#)